

1 KLEINE REIHE

STIFTUNG
BUNDESPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

Timothy Garton Ash

geb. 1955, ist Zeithistoriker am St. Antony's College in Oxford und ein bekannter Publizist. Er verbrachte mehrere Jahre in beiden Teilen Berlins und reiste wiederholt nach Mittel- und Osteuropa. Aus eigener Anschauung und durch seine Kontakte zu oppositionellen Intellektuellen verfolgte er die gesellschaftlichen Veränderungen in Osteuropa in den achtziger Jahren und erlebte auch die Öffnung des Eisernen Vorhangs als Augenzeuge in Ost-Berlin. In seinen Veröffentlichungen untersuchte Timothy Garton Ash insbesondere die Auswirkungen, die der Kalte Krieg und sein Ende auf Deutschland und die europäischen Staaten hatte. Buchveröffentlichungen: *Ein Jahrhundert wird abgewählt* (1990), *Im Namen Europas: Deutschland und der geteilte Kontinent* (1993), *Die Akte „Romeo“* (1997).

Im vorliegenden Beitrag, mit dem Garton Ash die Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung eröffnete, fragt er nach den Prioritäten und Konsequenzen des europäischen Einigungsprozesses vor und nach 1989. Ziel der Europapolitiker sei die Vertiefung der Europäischen Union und zugleich ihre Erweiterung nach Osten. Diese beiden Ziele seien jedoch nicht ausreichend aufeinander abgestimmt. Garton Ash warnt daher vor der Gefahr einer tiefen Kluft innerhalb der Europäischen Union. Statt dessen schlägt er einen „Paradigmenwechsel“ in der Europapolitik vor: Die Priorität solle nicht länger auf der Vereinigung ausgewählter europäischer Länder liegen, sondern statt dessen auf der Errichtung einer „liberalen Ordnung“ auf dem ganzen Kontinent.

Wohin treibt die europäische Geschichte?

Es ist mir eine große Ehre und eine Freude, hier die erste Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung halten zu können. Wir ehren damit den ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und einen großen württembergischen Liberalen. Was ich zu sagen habe, wird von einer konstruktiven Skepsis erfüllt sein, die hoffentlich auch in Heussens Sinne ist. Er hat beispielsweise in seiner Robert-Bosch-Biographie über den pan-europäischen Propheten Richard von Coudenhove-Kalergi leicht ironisch folgendes geschrieben: „Er [Coudenhove] besaß die wunderbare Fähigkeit, dann, wenn sich etwa die Schwierigkeiten der konkreten Wirtschaftsinteressen meldeten oder die Abgründigkeiten eines nationalen Geschichtsgefühls, die Magie des Wortes spielen zu lassen, die mit allem fertig wurde und auch nüchterne Realisten bezauberte oder verblüffte“. Im Geiste dieser Heuss'schen Kritik an Coudenhove möchte ich hier nun ein paar Gedanken vorlegen zu der bescheidenen Frage: „Wohin treibt die europäische Geschichte?“

Aber ist diese Frage eigentlich sinnvoll? Haben uns nicht gerade die großen Ereignisse des Jahres 1989 einmal mehr gezeigt, wie töricht der Versuch ist, die Zukunft vorherzusagen? Historiker, einschließlich derjenigen unter uns, die versuchen, die Geschichte der Gegenwart zu schreiben, sollten sich besonders in acht nehmen. 1989 war unter anderem ein weiterer Beweis für das Elend des Historizismus in der spezifischen Definition des Begriffes, die Karl Popper geprägt hat. Historizismus also als Behauptung, naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte aufspüren zu können. Wäre es nicht weiser, sich an das Gebot des Geschichtsphilosophen Collingwood zu halten, wonach die Aufgabe des Historikers allein darin besteht, zu zeigen, wie die Gegenwart entstanden ist? Ich habe mich entschlossen, diese alte Weisheit zu ignorieren. Wenn man tief in die Zeitgeschichte eintaucht, gewinnt man doch ein Gespür dafür, wie sich die Dinge möglicherweise entwickeln werden. Und diese historisch informierten Vermutungen mögen in einem Zeitalter, in dem die europäische Geschichte ungewöhnlich offen ist, von einem gewissen Nutzen für die europäische Politik sein.

Die europäische Vereinigung wird aber nicht nur als Ergebnis des politischen Willens visionärer Staatsmänner von Monnet und Schuman bis Mitterrand und Kohl angesehen. Sie gilt auch als eine notwendige, ja unumgängliche Antwort auf tieferliegende historische Kräfte. Das momentan gängige Schlagwort zur Beschreibung dieser Kräfte heißt „Globalisierung“. Nationalstaaten sind nicht länger in der Lage, ihre politischen und ökonomischen Interessen auf eigene Faust zu verteidigen. Sie sind solchen übernationalen Akteuren wie Währungsspekulanten, multinationalen Konzernen oder dem internationalen organisierten Verbrechen einfach nicht gewachsen. Macht und Identität, so wird argumentiert, wandern den Nationalstaaten nach oben und unten hin ab: nach oben auf die supranationale Ebene und nach unten auf die regionale. In einer globalisierten Welt großer Handelsblöcke wird sich Europa nur als eine größere, politisch-wirtschaftliche Einheit behaupten können. In diesem Sinne wird der auch in England hochverehrte ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Herr Manfred Rommel, in einem neuen Europa-Buch von John Newhouse zitiert: „Wir leben unter der Diktatur der globalen Wirtschaft. Es gibt keine Alternative zum vereinigten Europa“.

Es wäre absurd, die Stichhaltigkeit dieser Argumente ganz zu leugnen. Ich werde dennoch behaupten, daß sie – wenn sie im idealistisch-teleologischen Diskurs von der europäischen Vereinigung zusammengeschmolzen werden – zu einem gefährlich irreführenden Bild des wahren Bodens führen, auf dem europäische Staatsmänner am Ende des 20. Jahrhunderts bauen müssen. Im folgenden werde ich lediglich einen kurzen Blick auf die Jahrtausende vor 1945 werfen, die nunmehr abgeschlossene Epoche des geteilten Jalta-Europas von 1945 bis 1989 etwas genauer betrachten und mich dann auf die Entwicklung seit 1989 konzentrieren.

I

Beginnen wir mit den Jahrtausenden. Im Register von Arnold Toynbees großangelegtem „Studium der Geschichte“ findet man unter dem Stichwort „Europa“ folgende reizvolle drei Eintragungen: zuerst „Europa, als Schlachtfeld“, dann „Europa, als kein verständliches Feld historischer Forschung“ und zuletzt „Europa, Vereinigung von, Scheitern von Versuchen zur“. Der wichtigste Punkt ist natürlich der zweite: „Kein verständliches Feld historischer Forschung“. Es sei „kultureller Mißbrauch eines nautischen Begriffs“ meint Toyn-

Interpretation dieser historischen Besonderheit ist, daß wir Europäer zu guter Letzt aus der Geschichte gelernt haben. Der „Europäische Bürgerkrieg“ von 1914 bis 1945 hat uns am Ende doch zur Vernunft gebracht.

Das bedarf jedoch einer etwas genaueren Untersuchung. „Friedlich“, zunächst, gilt nur im Sinne von „Abwesenheit von heißem Krieg“, und selbst das trifft nur auf den Kontinent westlich des Eisernen Vorhangs zu. Man denke an die sowjetischen Einmärsche in Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968 oder an die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981/82. Zudem war der ganze Kontinent tiefgreifend von der Erfahrung des Kalten Krieges geprägt. Fast schon zum Gemeinplatz geworden ist die Beobachtung, daß wir erst nach dem Ende des Kalten Krieges begreifen, wieviel die westeuropäische Integration ihm schuldete. Die Eule der Minerva fliegt wieder in der Dämmerung.

Erstens einmal wirkte die Sowjetunion als negativer, externer Integrator. Angesichts des gemeinsamen Feindes rückten die Westeuropäer zusammen wie einst gegen die Mongolen oder die Türken. Zweitens wirkten die Vereinigten Staaten als positiver, externer Integrator. Besonders in den frühen Jahren übten sie starken Druck in Richtung auf eine westeuropäische Integration aus und machten sie beinahe zur Vorbedingung für weitere Marshall-Plan-Hilfe. Drittens half der Kalte Krieg ganz brutal, indem er den Großteil Mittel- und Osteuropas hinter dem Eisernen Vorhang einschloß. Dadurch konnte die europäische Integration mit einer relativ kleinen Anzahl von Nationalstaaten beginnen, alles bürgerliche Demokratien auf einem ungefähr vergleichbaren wirtschaftlichen Niveau und mit wichtigen älteren Elementen einer gemeinsamen Geschichte. Darüber hinaus gab es in dieser westlichen Ecke des Kontinents wichtige Kompromisse zwischen den politischen und wirtschaftlichen Nationalinteressen der beteiligten Staaten, vor allem zwischen denen Deutschlands und Frankreichs.

All das soll nicht die Existenz eines echten Elements europäischen Idealismus innerhalb der Eliten jener Zeit in Frage stellen. Aber je mehr wir über diese frühe Epoche herausfinden, besonders durch die Öffnung der Archive, die zuvor unter der 30-Jahre-Regel verschlossen waren, desto mehr kommt zum Vorschein, wie hartnäckig die Akteure nationale Interessen verfolgten, seien es nun Schuman, de Gasperi oder Adenauer, geschweige denn Churchill oder

kraftvoll in das größere System zurück. Konkreter ausgedrückt: Es gibt reichhaltiges Beweismaterial dafür, daß einer der Gründe für Michael Gorbatschows „neues Denken“ in der Außenpolitik die sowjetische Befürchtung war, noch weiter hinter einem „Europa“ zurückzubleiben und von einem „Europa“ ausgeschlossen zu werden, das den Anschein erweckte, technologisch fortgeschritten und wirtschaftlich dynamisch zu sein und sich hinter dem Schutz hoher Zollmauern integrierte.

Um wieviel mehr galt dies für die Völker Ostmitteleuropas, die sich Europa sowieso kulturell und historisch – und mit der Leidenschaft der Ausgegrenzten – zugehörig fühlten und für die das wohlhabende Westeuropa, das sie auf ihren Reisen sahen, nunmehr eindeutig die bessere Alternative zum diskreditierten und stagnierenden Realsozialismus darstellte. Die große Parole der samtenen Revolutionen von 1989 in Mitteleuropa war denn auch folgerichtig „die Rückkehr nach Europa“. In scheinbarem Widerspruch zur historischen Logik könnte man also argumentieren, daß „1992“ in Westeuropa eine der Ursachen für „1989“ in Osteuropa war.

Die teleologisch-idealistische oder Whig-Interpretation der jüngsten europäischen Geschichte, die in den 1980ern weithin gelehrt und akzeptiert wurde, mag im Verlauf der vertieften historischen Forschung vieles an Überzeugungskraft einbüßen. Aber gerade die Verbreitung und die Massenwirkung dieser Interpretation war in sich selbst ein einschneidender historischer Faktor. 1989 schien die ultimative Bestätigung ihrer Richtigkeit zu liefern.

III

Was haben wir nun seitdem erlebt? Es ist möglich, die letzten acht Jahre als eine weitere, ja als die entscheidende Wegstrecke auf der Wallfahrt zur europäischen Einigung zu deuten. Die Gemeinschaft ist in Union umbenannt worden. Die führenden Staaten Westeuropas haben außergewöhnliche Anstrengungen unternommen, um für den beispiellosen Schritt der Währungsunion bereit zu sein. Gleichzeitig wurden Vorbereitungen zur Erweiterung der Union getroffen. Im nächsten Jahr sollen Verhandlungen mit mindestens fünf neuen postkommunistischen Demokratien beginnen. Gewiß, der Weg war nicht frei von Schwierigkeiten, aber in seiner gesamten Geschichte ist Europa niemals der Verwirklichung seiner friedlichen Vereinigung so nahe gekommen.

ausrufen: „Oh ja, das kommt mir alles sehr bekannt vor. Dieses merkwürdige moderne Bedürfnis, daß jede Nation ihren eigenen Staat einfordert, schreitet offensichtlich fort“. Wie Ernest Gellner, der kürzlich verstorbene britisch-mitteuropäische Doyen der Nationalismusforschung, stets behauptet hat, ist die Forderung „eine Kultur – ein Staat“ äußerst modern.

Diese Logik kann sogar eng mit jener der Demokratie verbunden sein. Demokratie bedarf des Vertrauens. Es ist notwendig, daß die Minderheit die Entscheidung der Mehrheit hinnimmt, weil die Minderheit den Staat noch immer grundsätzlich als „ihren“ betrachtet. Das Argument ist schwerlich neu; man findet es bereits in John Stuart Mills „Considerations on Representative Government“. „In einer Bevölkerung ohne brüderliche Gefühle“, schreibt Mill, „insbesondere wenn sie verschiedene Sprachen liest und spricht, kann die geeinte öffentliche Meinung, die für das Funktionieren des repräsentativen Regierungssystems notwendig ist, nicht existieren“.

Das Phänomen der Aufspaltung ist dabei keinesfalls nur auf die postkommunistische Hälfte des Kontinents beschränkt. Das Klischee „Integration im Westen, Desintegration im Osten“ hält genauerer Untersuchung nicht stand. So bin ich jedesmal überrascht, wenn die fortschreitende Auflösung Belgiens als Beleg für den Niedergang des Nationalstaats und den Aufstieg des Regionalismus angeführt wird. Denn die Spannungen, die Belgien auseinanderreißen, wären einem liberalen Nationalisten aus dem neunzehnten Jahrhundert nur zu vertraut. Jede ethno-linguistische Gruppe fordert ein wachsendes Maß an Selbstverwaltung bis hin zur Selbstbestimmung.

Und wie steht es mit der Zentralmacht Europas? Es wäre wohl schwierig, die einfache Behauptung zu bestreiten, daß Deutschland seit 1989 wieder ein souveräner Nationalstaat geworden ist. In Berlin sind wir Zeugen der außerordentlichen architektonischen Wiederherstellung der grandiosen Hauptstadt eines historischen Nationalstaats. Doch gleichzeitig drängen Deutschlands Politiker, allen voran Helmut Kohl, auf die Aufgabe der nationalen Währung, jener wichtigen Komponente nationaler Souveränität und auch – besonders im Nachkriegsdeutschland – nationaler Identität. Ein gewisser Widerspruch besteht sozusagen zwischen der Architektur in Berlin und der Rhetorik in Bonn. Ich glaube nicht, daß dieser Widerspruch dialektisch aufgelöst werden kann – nicht einmal in der Heimat der Dialektik. Deutschland befindet sich

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine parteiunabhängige Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Im Mittelpunkt stehen dabei Leben und Werk des ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884-1963). Theodor Heuss engagierte sich seit Anfang des Jahrhunderts aktiv im politischen Leben – als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Journalist und Historiker, als Redner und als Zeichner. In einem Jahrhundert, das geprägt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und der Konfrontation der Ideologien, steht Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Als erstes Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur fiel Heuss daher die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

An diesen vielfältigen Lebensbezügen von Theodor Heuss orientiert sich die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit der Stiftung: das Theodor-Heuss-Kolloquium zu Themen der Zeitgeschichte, Seminare zur politischen Bildung und die politisch-kulturellen Veranstaltungen. In den Stiftungsräumen stehen der interessierten Öffentlichkeit der umfangreiche Nachlaß von Theodor Heuss und eine Bibliothek zur Verfügung, die sowohl Heussens vollständiges publizistisches Oeuvre als auch Literatur zur deutschen und europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts umfaßt. Der Nachlaß bildet die Grundlage für eine geplante „Stuttgarter Ausgabe“ der Reden, Schriften und Briefe des ersten Bundespräsidenten. Ein wichtiges Forum zur Auseinandersetzung mit Leben und Werk von Theodor Heuss in ihren zeitgeschichtlichen Zusammenhängen wird auch die geplante Gedenkstätte im Feuerbacher Weg 46 bieten, die zusammen mit einer Dauerausstellung in seinem früheren Stuttgarter Wohnhaus eingerichtet wird.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Garton Ash, Timothy: Wohin treibt die europäische Geschichte? /
Timothy Garton Ash. [Hrsg. von der Stiftung Bundespräsident-
Theodor-Heuss-Haus]. - Stuttgart : Stiftung Bundespräsident-Theodor-
Heuss-Haus, 1998 (Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung ... ; 1997)
(Kleine Reihe / Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus ; 1)
ISBN 3-9805979-3-8
ISSN 1435-1242

Herausgegeben

von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus,
Im Himmelsberg 16, 70192 Stuttgart

Redaktion: Thomas Hertfelder, Gudrun Kruij

Foto: Peter-Andreas Hassiepen, Foto Archiv Carl Hanser Verlag

Gestaltung: Arne Holzwarth, Büro für Gestaltung, Stuttgart

Gesamtherstellung: J. F. Steinkopf, Druck GmbH, Stuttgart

© SBTH, Juli 1998